

Montag, 14. September 2020 [Leipzig](#)

Rückmarsdorfer demonstrieren gegen geplanten Kiesabbau

Planungsverband will Abstandsregeln zu benachbarten Wohnhäusern aushöhlen / Radler setzen sich für sicheres Fahren an der Bundesstraße ein

Von Jörg ter Vehn



Kiesabbau und Schüttverfüllung waren die Themen der Demo an der Bundesstraße 181 in Rückmarsdorf. Einige passierende Autofahrer unterstützten die Forderung mit lautem Hupen. Fotos: Jörg ter Vehn

„Mit uns ist kein Kies zu machen!“ Mit deutlichen Worten zogen am Samstagmittag gut einhundert Rückmarsdorfer zum Demonstrieren an die B 181 im Ort. Die Kundgebung gegen den geplanten Kiesabbau im Ort und die Verfüllung mit Bauschutt war nicht die einzige Demo an dem Tag im Ort, die sich für Veränderungen einsetzt.

Kurz zuvor waren rund 150 Radler gestartet, die für sichere Radwege an der Merseburger Straße kämpfen. „Die Lebensqualität sollte in allen Stadtteilen hoch sein, auch in denen, die außen liegen“, meinte etwa die Grünen-Stadträtin Anna Kaleri. In Rückmarsdorf sei die Anbindung an den ÖPNV noch nicht zufriedenstellend und es fehle ein Kilometer Radweg, der sicheres Radfahren in die Innenstadt ermöglicht. Am Ende trafen sich beide Demozüge an der B181-Brücke über den Kanal,

machten sich gegenseitig Mut. Einige Radler schlossen sich auf der Anti-Kies-Demo an.

Wie berichtet, will der Baustoffhandel Günter Papenburg auf einem 47 Hektar großen Feld östlich der Miltitzer Straße eine neue Kiesgrube erschließen, seinen Kiessandtagebau an den Schönauer Lachen dort fortsetzen. Zwar schlossen sich Ortschaftsrat und Stadtrat 2019 den Bedenken der Anwohner an, fordern einen Mindestabstand von 300 Metern zwischen den Wohnhäusern und einem möglichen Tagebau.

Allerdings hat der Regionale Planungsverband Westsachsen im Entwurf seines neuen Regionalplans unlängst eine Öffnungsklausel angekündigt, die genau diesen Mindestabstand kippt, wenn immissionsrechtliche Vorgaben eingehalten werden. Hintergrund der Klausel ist ein Verfahren für den Abbau der Porzellanerde Kaolin bei Mügeln, wo der Abstand unterschritten wird. Die Regionalplaner sprechen daher von „Gleichbehandlung“ der Tagebaue. Ende des Jahres soll der Verband entscheiden, in dem Leipzig und die beiden benachbarten Landkreise sitzen. Das letzte Wort hat jedoch das Oberbergamt Freiberg, das das aus Kaisers Zeiten stammende Bergrecht letztlich umzusetzen hat.

„Wir waren unlängst in Erfurt mit anderen Initiativen gegen den Kiesabbau und gehören zu den Erstunterzeichner der Erfurter Erklärung“, sagte die Rückmardorfer BI-Sprecherin Conny Kluth. Diese fordere eine Reformierung des völlig veralteten Bergrechts, das immer dem Abbau Vorrang gebe, und verlange, dass bis zur Überarbeitung keine neuen Abbaugelände aufgeschlossen werden.

Die Öffnungsklausel mit dem gekippten Abstandsregeln stimme sie sehr bedenklich, so Kluth. „Wenn ich da an den Kiesabbau in Rehbach denke, für den die Regelung ja genauso gelte müsste, und was da möglich würde“, meinte sie. Bekanntlich setzt die Stadt Leipzig unmittelbar nebenan ein großes Neubaugebiet um.

Die BI habe Gespräche mit dem Unternehmen versucht. Aber das rücke nicht von seiner Forderung ab, wie beantragt bis 70 Meter an die Häuser heranzukommen mit dem Abbau. „In einigen Fällen sind es sogar nur 40 oder 20 Meter“, so Kluth.